

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 136 (1970)

Heft: 12

Vereinsnachrichten: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Radarausrüstung ist eines derjenigen Elemente, deren Entwicklung und Bereitstellung längere Zeit beanspruchen wird, sollen doch allein für deren Entwicklung an die 100 Millionen DM aufgewendet werden. Dann ist auch noch die Zusammenarbeit der Elektronikindustrien der Vertragsländer von Großbritannien, der Bundesrepublik und Italien von ausschlaggebender Bedeutung und noch nicht unter Dach. Was das Trägheitsnavigations-system anbelangt, wird voraussichtlich die Plattform von Ferranti zum Einbau gelangen, wie sie schon in den Baumustern «Harrier» und «Phantom» vorliegt, die beide hierfür auch über einen Digitalrechner verfügen. Hinzu kommen elektronische Anzeigergeräte sowie eine Rollkartenanlage vom «Automap»-System, bei der die Anzeige des Navigationsradars und des «Automap» überlagert werden können. Dazu entwickeln Siemens und Ferranti gemeinsam einen Laser-Distanzmesser, mit dem äußerst genaue Bombenwurfresultate erwartet werden.

Über Fragen der internen Bewaffnung, der mitzuführenden Außenlasten, insbesondere der neuen Streuwaffen, liegen nur Vermutungen vor. Wie man hört, soll das «optimale Einsatzprofil» beim Panavia-200-Projekt, beim atomaren «Strike» liegen, das heißt, es ist auf britischer Seite sicher, daß man den Einsatz von Atombomben vorsieht. Bei den anderen beiden Partnern am Panavia-Projekt, der Bundesrepublik und Italien, sind derartige Spekulationen nicht bestätigt worden.

Im übrigen wird jetzt erst in die eigentliche Entwicklungsphase für Panavia eingetreten, wobei es den einzelnen Partnern jederzeit freisteht, noch vor Eintritt in eine nächsthöhere Entwicklungsstufe bis zur Fertigstellung von Prototypen, etwa um 1973, von ihrem Rücktrittsrecht Gebrauch zu machen. Für die Fortführung des Panavia-Projekts hat die Bundesrepublik allein 100 Millionen DM in den laufenden Etat eingesetzt. Küng

Mitteilungen

Ideenwettbewerb für die Feldbefestigung

Die AGF sucht zur Zeit einen neuen Unterstand, der gegenüber AC-Waffen einen wesentlich besseren Schutz bietet. Um möglichst viele Erfahrungen und Anregungen mit einbeziehen zu können, schrieb die AGF einen Ideenwettbewerb aus (ASMZ Nr. 1/1970).

Die Jury hatte in kurzer Zeit achtunddreißig Projekte sorgfältig zu prüfen. Es mußte ein leistungsfähiges, zuverlässiges Beurteilungsschema gefunden werden, das eine objektive Klassierung ermöglichte. Der ganze Beurteilungsablauf wurde in eine Grob- und in eine Feinbeurteilung gegliedert. Im ersten Arbeitsgang mußten diejenigen Projekte aus der engeren Auswahl ausgeschieden werden, die für die ersten Ränge eindeutig nicht in Frage kamen. Im zweiten Arbeitsgang wurden die verbliebenen Arbeiten genauer untersucht. Insbesondere mußten Preis- und Gewichtsangaben kontrolliert werden. Neun Projekte entsprachen den gestellten Anforderungen. Für diese neun wurde eine Beurteilungsliste ausgefüllt, die sich in ein Blatt Aufwand und in ein Blatt Nutzen gliederte. Die Beurteilungskriterien waren vorgängig durch neutrale Experten festgelegt worden. Um die Einflüsse der einzelnen Kriterien ihrer Bedeutung gemäß berücksichtigen zu können, hat die Jury alle Projekte mit Gewichten versehen. Diese Gewichtung ist durch die Jury vor der Bewertung der Wettbewerbsarbeiten vorgenommen worden. Die Projekte wurden auf Grund der Wirtschaftlichkeit rangiert. Parallel dazu wurden sämtliche restlichen Projekte auf gute Ideen überprüft. Schließlich ergaben sich die folgenden drei Gruppen:

1. rangierte Projekte;
2. Anerkennungspreis für gute Ideen;
3. Projekte mit Trostpreisen.

Die folgenden neun Urheber der rangierten Projekte erhalten einen Preis:

1. Herr Lt. Emanuel Esser, St.-Jakobs-Straße 151, Basel, Herr Lt. Felix Riedtmann, Güterstraße 201, Basel (gemeinsames Projekt).

Herr H. Hildebrand, dipl. Ing. SIA, Kasernenstraße 62, Bülach. 3. Ingenieurbüro W. R. & Dr. W. Heierli, Culmannstraße 56, Zürich. 4. Ingenieurbüro Henri Perrin, Riedtlistraße 9, Zürich, Herr Elmar Zemp, Bauing. ETH, Haldenstraße 5, Luzern, Herr H. Salm, Sektion 31, AGF, Bern. 5. Herr Gerold Loewensberg, dipl. Arch. ETH, Rosengasse 3, Zürich. 6. Herr Carl Walder, Schubertweg 12, Gümli-Gen. 7. Herr Guido Koepfel, dipl. Bauing. ETH, Bachwiesstraße 12b, Rorschacherberg.

Die Gesamtverteidigung – eine Notwendigkeit?

Die Vereinigung Pro Libertate führte am 26./27. September auf dem Gurten in Bern eine Arbeitstagung unter dem Titel «Die Gesamtverteidigung – eine Notwendigkeit?» durch. Zweck und Ziel dieser Tagung war, die Teilnehmer über die neue Konzeption der Gesamtverteidigung zu orientieren. Als zuständige Fachreferenten stellten sich zur Verfügung: Oberst iGst H. Stocker: «Die Gesamtverteidigung»; Oberstbrigadier F. Günther: «Die Territorialorganisation im Rahmen der Gesamtverteidigung»; Oberst iGst F. Glaus: «Zivilschutz im Rahmen der Gesamtverteidigung»; Chef FHD A. Weitzel: «Die Verantwortung der Frau in der Gesamtverteidigung»; Oberst H. Arnet: «Die Staatssicherheit – innere Bedrohung»; P. Hofacher, cand. iur.: «Das Verhältnis der Jugend zur Landesverteidigung»; Dr. M. Keller: «Totaler Sanitätsdienst».

Die Strategie der Gesamtverteidigung hat folgende Definition: Die Gesamtheit der Verhaltensweisen der Nation zur Aufrechterhaltung des Friedens und zur Selbstbestimmung gegenüber einer zum Machtgebrauch bereiten Umwelt. Die Gesamtverteidigung ist das Instrument zur Führung der Strategie. Als politisches Ziel der Gesamtverteidigung gilt die Selbstbestimmung und (als Voraussetzung dazu) die Erhaltung des Friedens. Als Hauptaufgabe – so sagte Oberst iGst H. Stocker – stehen der Gesamtverteidigung die Abwendung der Bedrohung unseres Landes zu. Hiezu gehören: friedenserhaltende Maßnahmen, die Erstellung der Verteidigungsbereitschaft und die Kriegsführung. Der Gesamtverteidigung stehen folgende Bedrohungen gegenüber: politische Erpressung unseres Landes, psychologische Zersetzungsvorversuche, wirtschaftliche Zwangsmaß-

nahmen, Untergrundkrieg (politische Streiks, Attentate, Terror), ferner Staatsstiche, revolutionärer Krieg, konventioneller Krieg, begrenzter A- und C-Krieg, totaler Vernichtungskrieg. Die Konzeption der Gesamtverteidigung stellt die Formel dar, daß die Armee nicht mehr ausschließliche Hauptträgerin unserer Verteidigung ist, sondern eines der wichtigsten Glieder innerhalb unserer Verteidigungsstrategie.

Oberstbrigadier Günther wußte den Territorialdienst als Kommandant der Territorialzone 9 sehr gut darzulegen. Die Territorialorganisation hat einen ausgesprochenen Unterstützung- und Hilfscharakter – keinen Kampfauftrag. Sie hat folgende zwei Hauptaufgaben: 1. Unterstützung der Feldarmee, 2. militärische Hilfeleistung an die zivilen Behörden und die Bevölkerung. Wehrwirtschaft: Die Versorgung im Rahmen der Gesamtverteidigung umfaßt alle zivilen und militärischen Maßnahmen, die das Weiterleben der Zivilbevölkerung sowie Leben und Kampf der Truppe gewährleistet. Ferner obliegen der Territorialorganisation die Koordination der Selbstvorsorge, die Requisition, die Kriegsevakuierung, die Unbrauchbarmachung, ferner die Verstärkung des Zivilschutzes sowohl für den Katastrophenfall in Friedenszeiten als auch in Kriegszeiten, Mitwirkung beim zivilen Sanitätsdienst und Veterinärwesen.

Im Rahmen der Gesamtverteidigungskonzeption wird die Bedeutung des Zivilschutzes ganz wesentlich aufgewertet. Der Referent, Oberst Glaus, stellte mit präzisen Zahlenangaben und Unterlagen in einleuchtender Weise dar, daß zwischen den konzeptionellen Erfordernissen und dem tatsächlichen zahlenmäßigen Bestand heute noch eine erhebliche Diskrepanz besteht. Diese Feststellung machen zu müssen ist um so bedauerlicher, als die wirkungsvollen Maßnahmen des Zivilschutzes jeder Bürgerin und jedem Bürger im Katastrophenfall oder Kriegsfall gleichermaßen zugute kommen.

Chef FHD Weitzel legte in ihrem Referat, «Die Verantwortung der Frau in der Landesverteidigung», eindrücklich dar, daß die Frau gerade im Rahmen der Gesamtverteidigung zunehmende Verantwortung übernehmen muß. Soweit immer möglich, sollte im Interesse des Ganzen diese Verantwortung seitens der Frau auf freiwilliger Basis erfolgen.

«Die Staatssicherheit – innere Bedrohung». Oberst Arnet, Polizeikommandant des Kantons Bern, wußte an Hand bildhafter Beispiele wie juristischer und staatsrechtlicher Erörterungen verständlich zu machen, daß im Zeitalter der psychologischen Kriegführung und Erzeugung innerer Unruhen die Erhaltung von Ruhe und Ordnung im Interesse jedes freiheitlich und kritisch denkenden Bürgers liegt. Im Falle von Krawallen soll der Einsatz speziell geschulter Polizeikräfte so erfolgen, daß letztere in wirkungsvoller, aber schneller Weise gegen Demonstranten vorgehen können.

Im Referat von P. Hofacher, «Das Verhältnis der Jugend zur Landesverteidigung», kam zum Ausdruck, daß die Mehrheit der jungen Generation sehr wohl kritischer unseren Verteidigungsbemühungen gegenüber eingestellt ist, aber durch grundsätzlich richtig geführte Diskussionen sich der Notwendigkeit unserer Landesverteidigung nicht verschließt.

Im Referat von Dr. jur. M. Keller, «Totaler Sanitätsdienst», kam einhellig zum Ausdruck, daß die Belange des Sanitätsdienstes und diesbezüglicher Hilfeleistungen in Katastrophen oder Kriegsfällen bei weitem nicht nur eine Angelegenheit der militärischen Sanitätstruppen oder professionellen zivilen Sanitätsstellen sind; im Interesse einer maximalen Überlebenschance wäre es, daß jeder Bürger über minimale Erste-Hilfe-Kenntnisse verfügen würde.

Am Schluß der Tagung legte der Vorsitzende der Vereinigung Pro Libertate M. Mösinger, dar, daß die Konzeption der Gesamtverteidigung letzten Endes die Verteidigungsformel «Alle für alle» bedeutet. wa

Ausländische Armeen

NATO

Im Brüsseler Hauptquartier der NATO trafen anfangs Oktober die Verteidigungsminister aus zehn europäischen NATO-Ländern zu einer Sonderkonferenz zusammen, um über eine gemeinsame Beteiligung an den amerikanischen Truppenstationierungskosten in Europa zu beraten. Die Minister kamen überein, den USA ein Arrangement vorzuschlagen, das folgende Grundzüge aufweisen soll: Die europäischen NATO-Mitglieder sind bereit, einen gemeinsamen finanziellen Lastenausgleich für die rund 300000 in Europa stationierten amerikanischen Soldaten zu leisten. Der Ausgleich soll entweder in Geld oder in Sachleistungen erbracht werden, und zwar zusätzlich zu den gegenwärtig bestehenden europäischen Verteidigungsbeiträgen an die NATO. Obwohl eine definitive Einigung über die Größenordnung des Lastenausgleichs noch nicht zustande kam, wollten informierte Kreise in Brüssel von jährlich 925 Millionen bis 1,1 Milliarden Mark wissen, von welcher Summe die Bundesrepublik Deutschland etwa die Hälfte zu übernehmen hätte. Die BRD will ihren Beitrag in Geldleistungen «von Budget zu Budget» erbringen, ebenso die Niederlande. Großbritannien möchte dagegen seine eigene nationale Verteidigungsstärke zusätzlich verbessern, weil

das «konstruktiver» sei. Die USA sollen sich ihrerseits bereit erklären, für den Zeitraum der Abmachung, der auf etwa 2 bis 3 Jahre festgesetzt würde, «keine substantiellen Truppenabzüge aus Europa» vorzunehmen. Die Konferenz der Verteidigungsminister Norwegens, Dänemarks, Großbritanniens, der Niederlande, Belgiens, Luxemburgs, Italiens, der Türkei, Griechenlands und der Bundesrepublik Deutschland stellten in Brüssel vorerst einen konkreten Zeitplan auf, nach welchem das europäische «Angebotspaket» an die USA detailliert ausgearbeitet werden soll. Die definitiven Vorschläge für den Lastenausgleich sollen noch vor dem Dezember 1970 vorliegen.

Im Norden Griechenlands, unweit von der bulgarischen Grenze, fanden Mitte Oktober mit einem Einsatz von etwa 50000 Mann die NATO-Manöver «Deep Express» statt, an denen vor allem türkische und griechische Truppen teilnahmen. Die Manöver wurden durch Schneefälle und Überschwemmungen beeinträchtigt.

Der gegenwärtige Generalsekretär der NATO, der Italiener Brosio, wird von seinem Amt zurücktreten. Als mögliche Nachfolger wurden der niederländische Außenminister Luns und der frühere britische Verteidigungsminister Denis Healey genannt.

Der bisherige Inspekteur der westdeutschen Luftwaffe, der siebenundfünfzigjährige General Johannes Steinhoff, ein Jagdfliegerveteran des zweiten Weltkrieges, wird vom April 1971 an den Vorsitz der höchsten militärischen Behörde der Allianz, des Militärausschusses, übernehmen. Steinhoff ist in diesem Amt der Nachfolger des britischen Admirals Sir Nigel Henderson. – Zum neuen Befehlshaber der NATO-Seestreitkräfte Europa Süd wurde der italienische Vizeadmiral Gino Birindelli ernannt.

Der NATO-Oberbefehlshaber in Europa, der amerikanische General Goodpaster, warnte vor etwa 300 Delegierten der Atlantischen Gesellschaft aus sechzehn Ländern im Haag davor, den NATO-Damm gegen Osten abzubauen. Die Sowjetunion und der Warschauer Pakt bildeten mit ihren Langstreckenraketen eine Macht, die stärker sei als alles, was die Welt jemals zuvor gesehen habe. Ihre weltweiten Operationsmöglichkeiten zur See habe die Sowjetunion in diesem Jahre bei der Übung «Ozean» und durch die Anwesenheit starker Seestreitkräfte im Mittelmeer bewiesen. Goodpaster betonte, daß es demgegenüber bei der NATO eine Verminderung der Streitkräfte, die Zurückziehung vorgeschobener Einheiten, Schwierigkeiten bei den Flotten und Störungen in der Kommunikation gebe. Diese Entwicklung bringe das Sicherheitsgleichgewicht in Gefahr. z

Starfighter-Abstürze

Vom 30. September bis 22. Oktober sind in Europa drei «Starfighter»-Flugzeuge abgestürzt: Eine belgische Maschine stürzte vor der niederländischen Insel Vlieland in die Nordsee, wobei der Pilot umkam; ein kanadischer «Starfighter» der in Westdeutschland stationierten kanadischen Luftstreitkräfte zerschellte während einer Übung bei Obernburg (Bayern), vermutlich als Folge eines Triebwerkschadens, während ein «Starfighter» der italienischen Luftwaffe in der Nähe der Stadt Brescia abstürzte. z

Bundesrepublik Deutschland

Generalleutnant Günther Rall wird als Nachfolger von Generalleutnant Steinhoff neuer Inspekteur der westdeutschen Luftwaffe. Er hatte erst anfangs Oktober dieses Jahres das neugeschaffene westdeutsche Luftflottenkommando übernommen. z

Interesse an atomisichern Schutzkellern

Trotz staatlicher Förderung sei das Interesse kleiner als erwartet, teilte das Bundesinnenministerium mit; deshalb sei die Priorität für den Schutzraumbau nicht mehr aufrechtzuerhalten. Der Bund werde aber weiterhin Beiträge gewähren. bb

35-mm-Panzer-Flab-Waffensystem

Die von der Bundesregierung angeordnete Überprüfung des Ersatzes des Flabpanzers M42 wurde Ende Juli im Bundesministerium der Verteidigung abgeschlossen. Es wurden folgende Entscheide getroffen:

- Die Entwicklung des 30-mm-Panzer-Flab Waffensystems wird eingestellt, jedoch soll das vorgesehene Feuerleitgerät weiterentwickelt werden.
- Der Flabpanzer M42 soll Mitte der siebziger Jahre durch ein 35-mm-Panzer-Flab-Waffensystem (auf «Leopard»-Fahrgestell) ersetzt werden.
- Über die Beschaffung eines ersten Loses wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden. bb («Soldat und Technik» Nr. 8/1970)



35-mm-Zwillings-Panzerflab Oerlikon auf «Leopard»-Fahrgestell.

Frankreich

Die französische Nationalversammlung billigte nach dreitägiger Debatte am 8. Oktober mit 394 gegen 95 Stimmen das von Verteidigungsminister Debré vorgelegte militärische Fünfjahresprogramm. Der Plan sieht bis 1975 für Unterhalt und Bewaffnung der französischen Streitkräfte Ausgaben im Betrag von etwa 131 Milliarden Schweizer Franken vor. In den letzten 6 Jahren beliefen sich die Militärausgaben Frankreichs auf 149,8 Milliarden Francs (rund 116,6 Milliarden Schweizer Franken). Der Anteil der Verteidigungskosten am französischen Bruttosozialprodukt, der 1965 noch 4,25% erreichte, soll bis 1975 nur noch 3% ausmachen. Schon 1971 wird der Verteidigungsetat zum erstenmal seit Bestehen der Republik anteilmäßig nicht mehr an erster Stelle im Staatshaushalt stehen. Nach der Gesetzesvorlage dürfen die Streitkräfte in der Zeit bis 1975 für rund 93,5 Milliarden Francs (73